

Analyse



Stefan Meierhans Gegenwärtig macht der Preisüberwacher alles richtig. *Von Beat Metzler*

Mehr als nur Fransen

Was musste sich Stefan Meierhans nicht alles anhören: Eine «CVP-Verlegenheitslösung» nannten ihn Politiker, ein «Leichtgewicht», einen «schwachen Jungmanager ohne Leistungsausweis», dem es allein um die «mediale Selbstinszenierung» gehe. Gelästert wurde, dass das Auffälligste an ihm die Frisur sei, seine blonden Fransen, stets nach rechts gekämmt. Nein, Meierhans hatte keinen leichten Start ins Amt des eidgenössischen Preisüberwachers, das er 2008 als 39-Jähriger vom angesehenen Ex-Nationalrat Rudolf Strahm (SP) übernahm. Auserwählt hatte ihn Bundesrätin Doris Leuthard (CVP).

Das ist lange her. Gerade erhält Meierhans viel Anerkennung, er gilt als Aufdecker des Postauto-Skandals. Heute Abend gastiert er in Roger Schawinskis Fernseh-Talkshow.

Trotz harter Startkritik machte Meierhans weiter, wie er angefangen hatte: angriffig, laut, populär. Er startete einen eigenen Blog, übernahm eine Kolumne beim «Blick am Abend». Schon 2009 forderte er die Auflösung der Billag. Zu seinen Lieblingsgegnern gehören die Pharmabranche, die Post, die SBB. Gern schlägt er selber Lösungen vor, etwa ein Gleis 7 für alle.

Aber Meierhans wirkt auch im Stillen, arbeitet sich durch Jahresabrechnungen und Bilanzen. So entdeckte er die umgeleiteten Postauto-Subventionen - als erster Externer. Schon 2012 stellte er fest, dass die Postauto AG im Geschäftsbericht 28 Millionen Franken Gewinn auswies. Gegenüber dem Bundesamt für Verkehr (BAV) schrumpfte dieser Betrag auf 2,7 Millionen. Wie das denn gehe, wollte Meierhans wissen. Die Verantwortlichen wichen aus, Meierhans bohrte weiter, 2013 übernahm das BAV die Untersuchung. Die Sache zog sich hin, nun hat sich gezeigt: Durch einen buchhalterischen Trick hat die Postauto AG 78 Millionen erschwindelt.

Die «richtigen Fragen» habe Meierhans gestellt, lobt ihn der offizielle Untersuchungsbericht. Ihn schockiere das Ausmass der Affäre, sagte dieser in Interviews.

Am 1. Oktober wird Meierhans sein 10-Jahr-Amts jubiläum feiern. Das ist lange für einen, der vorher eine schnelle Karriere hingelegt hat. Das Jusstudium schloss das CVP-Mitglied mit einer Doktorarbeit über «Nordisches Kaufrecht» ab. Danach arbeitete er im Stab der CVP-Bundesräte Arnold Koller und Ruth Metzler, später wechselte er als politischer Berater zu Microsoft. Verheiratet ist er mit Béatrice Wertli, der Generalsekretärin der CVP Schweiz. Gemeinsam haben sie zwei Kinder und leben in Bern. Obwohl Meierhans selber nie Politik machte, soll er beste Beziehungen haben zu vielen Parlamentariern.

Nach dem Postauto-Skandal fragte ihn der «Blick», was nötig sei, damit so etwas nicht mehr geschehe. Transparenz sei das beste Kontrollmittel, antwortete Meierhans. Und noch etwas brauche es: unabhängige Regulierer - also Leute wie ihn. Niemand wird ihm widersprechen.

WM Ein Fussballsieg wird von einer gehässigen Debatte überschattet. Man kann die Adler-Geste von Xhaka und Shaqiri ablehnen, aber eine nationalistische Provokation ist sie nicht. *Von Enver Robelli*

Keine Angst vor dem Adler

Gram statt Freude. Drama statt Jubel. Zwei Fussballer der Schweizer Nationalmannschaft machen den sogenannten albanischen Adler bei einem WM-Fussballspiel, und über ihren Köpfen wird drohend der Zeigefinger der Nation erhoben. Eine Dummheit sei diese Geste, unnötig, überflüssig, ein WM-Eklat, eine nationalistische Provokation der serbischen Fans, ja der ganzen serbischen Nation - und obendrein vielleicht eine Kriegserklärung. «So nicht, Buebe», ruft ihnen die versammelte Union der Bedenkenräger entgegen. Damit wird ein grandioser Fussballsieg der Schweiz von einer gehässigen und oberflächlichen Debatte überschattet.

Man kann die Adler-Geste mit gutem Grund ablehnen, aber eine nationalistische Provokation gegen «die Serben» ist sie nicht. Das Wappentier schmückt die albanische Nationalflagge, die auch vor der Botschaft Albaniens in Belgrad weht. Die Geste der Fussballer symbolisiert das Zusammengehörigkeitsgefühl der Albaner, es ist ein Gruss an die alte Heimat (der Eltern und Grosseltern), sie steht aber nicht für ein konkretes politisches Programm aus der Blut-und-Boden-Ideologie.

Diese eigentlich harmlose Fingergymnastik gilt als Provokation, weil serbische Boulevardmedien sie so bezeichnen - und viele helvetische Medien die Propaganda kritiklos übernehmen. In den vergangenen Tagen wurden die albanischstämmigen Fussballer der Schweiz konsequent als «Siptari» bezeichnet, ein pejorativer Ausdruck zur Beschreibung von Albanern. Es handle sich um «falsche Schweizer», die gegen Serbien spielten, behauptete ein Blatt. «Wir wissen nicht, ob wir gegen die Nationalmannschaft der Schweiz, von Albanien oder von Pristina spielen», meinte der serbische Aussenminister, als ehemaliger Sprecher des Gewaltherrschers Slobodan Milosevic ein Grossmeister der Brüskierung.

Im vollen Kaliningrad-Stadion wurden die Spieler mit Migrationshintergrund von serbischen und russischen Fans ausgepöfeln. In den sozialen Medien liessen viele Selbstdarsteller ihrem Rassismus freien Lauf. Die Albaner, diese «Limonadenverkäufer», «Holzsäger» und «Brotbäcker», hätten keine Chance gegen die ruhmreiche und sportbegeisterte serbische Nation. Das Bild des Albaners, der sich mit weniger prestigeträchtigen Billigjobs zufriedengeben muss, wird immer noch gepflegt.

Der kluge serbische Autor Bora Cosic hat seinen Landsleuten schon vor längerer Zeit geraten, sich von dieser Vorstellung zu verab-



Finger des Anstosses: Granit Xhaka formt beim Torjubel den Doppeladler. Foto: Laurent Gillieron (Keystone)

schieden. Dass heute Xhaka, Shaqiri und Co. für die Schweiz spielen, ist auch eine Folge der serbischen Repressionspolitik. Ihre Familien verliessen die Heimat aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen. Xhakas Vater war ein politischer Gefangener, Valon Behramis Vater verlor den Job wegen seiner «falschen» Ethnie. Solche Erfahrungen prägen auch die Kinder.

Extremer Druck, extremer Kampf

Den richtigen Ton in der emotionsgeladenen Diskussion traf Stephan Lichtsteiner, der selber die Hände zum Doppeladler faltete. Der Nati-Captain sagte: «Ich glaube nicht, dass die Schweizer ein Problem damit haben, wenn man so jubelt. Weil wir ja wissen, dass sie Doppelbürger sind. (...) Es ist ein extremer Druck, ein extremer Kampf. Da sind sehr viele Emotionen dabei, und ich finde es auch richtig, dass man das ausgiebig feiert.» Man kann die Aufregung auch mit Humor quittieren. War die Doppeladler-Geste nicht eine versteckte Werbung für die Vogelwarte Sempach? Oder man kann den serbischen Trainer loben, der die Jubelszenen nicht kommentieren wollte.

Vor der Partie in Kaliningrad wurde auch von albanischer Seite gehetzt und provoziert, als spiele Kosovo gegen Serbien, als sei es ein Verdienst des korrupten und fast gescheiterten kosovarischen Staates, dass Xhaka, Behrami und Shaqiri zu Fussballstars geworden sind. Sie werden jetzt von Politikern in Pristina und Tirana vereinnahmt - als «Helden der Nation». Sie dürfen bei diesem Schmutzspiel nicht mitmachen. Der albanische Nationalismus ist nicht weniger gefährlich als andere Nationalismen auf dem Balkan.

Der Druck auf die Fussballer beider Mannschaften war enorm. Sie haben diesen Test bestanden. Die Freude in den Schweizer Städten war entsprechend gross. Und die serbische Flagge - auch sie enthält einen Doppeladler - störte weder Albaner noch Schweizer. Trotzdem wäre es besser, wenn Xhaka und Shaqiri auf die Doppeladler-Geste verzichten würden, solange der Kosovo-Konflikt noch nicht endgültig gelöst ist, und solange die Eliten in Belgrad und in Pristina mit dem Feuer spielen - gleichzeitig aber gemeinsame Geschäfte machen.

Gastbeitrag In der politischen Zuspitzung auf eine oder wenige Personen liegt ein Systemfehler der globalen Politik. Die Weltinnenpolitik muss demokratisiert werden. *Von Andreas Bummel*

Wir brauchen ein Weltparlament!

Autoritäre Regierungen arbeiten gezielt daran, das Engagement der Vereinten Nationen für Demokratie und Menschenrechte einzuschränken. Mit dem Austritt der USA aus dem Menschenrechtsrat haben sie es noch leichter. Die UNO verliert bei der Verteidigung der Menschenrechte weiter an Boden. Der Rückzug der USA kam allerdings alles andere als überraschend: Die US-Aussenpolitik reduziert sich zurzeit praktisch allein auf die persönlichen Gefühle und Wahrnehmungen des US-Präsidenten. Despoten wie Putin oder der philippinische Regierungschef Duterte haben es Donald Trump angetan. Den nordkoreanischen Diktator überschüttete er mit Lob. Menschenrechte gehören nicht zu Trumps Koordinatensystem. Derartiges war man bisher nur von autokratischen Regimes gewöhnt.

Damit wird klar: In der politischen Zuspitzung auf eine oder wenige Personen liegt ein Systemfehler der globalen Politik. Gipfelformate wie die G-7 oder die G-20 sind Auslaufmodelle einer überholten Weltordnung, in der jeder Staat nur durch eine Meinung und eine Sichtweise, und zwar die der Regierung, vertreten wird. An diesem Problem leidet auch der Menschenrechtsrat. Um den Multilateralismus und die Demokratie zu stärken, brauchen globale Institutionen wie die UNO eine breitere Basis.

In der verflochtenen Welt von heute verschwimmen die Grenzen zwischen Innen- und Aussenpolitik. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit gewinnt immer mehr an Gewicht.

Längst haben wir es mit der Gestaltung einer Weltinnenpolitik zu tun, die sich mit grenzüberschreitenden globalen Fragen befassen muss. Der Anspruch der Regierungen, alleine für ihr Land zu sprechen und zu handeln, ist dabei nicht mehr zeitgemäss. Trump beispielsweise erzielte bei den Wahlen rund 2,9 Millionen Stimmen weniger als Hillary Clinton. Wer spricht für diejenigen, die ihn nicht gewählt haben?

Die UNO und ihre Sonderorganisationen, die internationalen Finanzinstitutionen, die Welthandelsorganisation und die verschiedenen zwischenstaatlichen Netzwerke erfüllen bereits viele Funktionen einer Weltregierung. Dieser Apparat ist jedoch ineffektiv, intransparent und

«Ein UNO-Parlament wäre ein Motor der Demokratisierung.»



Andreas Bummel
Geschäftsführer von
Democracy Without Borders

undemokratisch. Selbst wenn alle Länder der Welt einwandfreie Demokratien wären, würde das daran nichts ändern.

Die Rückkoppelung zwischen Weltbevölkerung und Weltinnenpolitik ist nicht ausreichend. Einen Rückzug in den Nationalstaat anzustreben, ist angesichts der drängenden Weltprobleme jedoch ein fataler Irrweg. Dem nationalen Steuerungsverlust, der mit einer Aushöhlung der Demokratie einhergeht und populistische Kräfte nährt, sollte deshalb durch den Aufbau einer Weltdemokratie begegnet werden.

In einem Weltparlament soll das breite politische Spektrum der Weltbevölkerung durch direkt gewählte Abgeordnete vertreten werden. Das ist der richtige Ort, um die zentralen globalen Fragen länderübergreifend zu debattieren und zu entscheiden.

Ein erster Schritt

Eine Weltdemokratie kann nicht von heute auf morgen entstehen. Mit der Einrichtung einer parlamentarischen Versammlung bei der UNO, bestehend aus nationalen Parlamentariern, ist ein erster Schritt aber jetzt schon möglich. Ein Modell dafür ist das Europaparlament. Ein UNO-Parlament soll nicht nur ein Motor für die demokratische Weiterentwicklung des internationalen Systems sein, sondern auch zur Stärkung der demokratischen Kräfte auf nationaler Ebene dienen. Im Menschenrechtsausschuss der Versammlung beispielsweise wären sie selbst vertreten.